



Lehrstellen in der Schweiz: Faire Löhne und Arbeitsbedingungen statt Ausbeutung!

Der duale Bildungsweg in der Schweiz ist ein einzigartiges Ausbildungssystem. Durch die Verbindung von beruflicher Praxis und schulischer Bildung werden die Lernenden auf den beruflichen Alltag vorbereitet. Grundsätzlich sollten Lernende dabei auch mit einem Lernendenlohn finanziell angemessen vergütet werden. Die Realität zeigt jedoch viele Probleme. Es kommt nicht selten vor, dass die Löhne sehr tief sind oder in gewissen Fällen sogar ohne Lohn gearbeitet werden muss. In gewissen Branchen muss vor der Lehre sogar ein schlecht bis nicht bezahltes Praktikum absolviert werden, und zwar ohne Garantie auf eine anschließende Lehrstelle.

Die Branchenempfehlungen für Ausbildungslöhne erschrecken: Für diverse Berufe liegen diese im ersten Lehrjahr bei unter 500 CHF pro Monat.¹ Trotz hochprozentigem Arbeitsaufwand neben der Berufsschulbildung bleiben Lernende folglich finanziell von Eltern oder Dritten abhängig. Für Menschen, die später im Leben mit einer Lehre beginnen wollen oder keine finanzielle Unterstützung von ihren Eltern erhalten, drohen Verschuldung oder Ausbildungsabbruch. Stipendien sind alles andere als garantiert, da die Stipendienbeiträge in den vergangenen Jahren nicht angemessen erhöht wurden und die Betroffenen häufig lange warten müssen.² Im Klartext: Die Löhne der Lernenden sind zu tief, sie reichen nicht einmal ansatzweise zum Überleben. **Es ist deshalb an der Zeit, für Lehrstellen einen schweizweiten Mindestlohn von 1'000 CHF einzuführen!**

Der alleinige Fokus auf den Lohn wird der Situation aber nicht gerecht: gute Arbeits- und Ausbildungsbedingungen in der Lehre sind heute überhaupt nicht in allen Lehrbetrieben gewährleistet. Verschiedene Befragungen von Lernenden zeigen: zu häufig ist keine angemessene Betreuung gewährleistet, Arbeits- und Ruhezeiten werden nicht eingehalten und die Arbeits- und Ausbildungsbedingungen sind generell ungenügend. Wer unter Menschen nachfragt, die in der Lehre sind oder diese abgeschlossen haben, hört schnell zahlreiche Geschichten dazu. Knapp zwei Drittel der Befragten einer Unia-Studie³ müssen zumindest ab und zu Überstunden leisten, obwohl dies nur in Ausnahmesituationen erlaubt wäre. Gleichzeitig bleiben die Lernenden in einem Abhängigkeitsverhältnis, das es ihnen erschwert, sich gegen diese Situationen zu wehren. Generell müssen viele Menschen in Ausbildung eine grosse Verantwortung im Betrieb übernehmen, ohne dass die Betreuung dafür gewährleistet ist. Die Löhne widerspiegeln diese Realität heute nicht.

¹Branchenempfehlungen: https://www.berufsberatung.ch/web_file/get?id=4270

²<https://www.srf.ch/news/schweiz/chancengleichheit-stipendien-wie-die-schweiz-den-sozialen-aufstieg-bremst>

³ <https://www.unia.ch/de/arbeitswelt/von-a-z/lernende/umfrage-lehre>

Generell gilt es festzuhalten, dass die Kontrollorgane in der Pflicht wären, die Arbeitsbedingungen in der Lehre zu überprüfen und zu gewährleisten, dass die Betriebe ihre Verantwortung wahrnehmen. Der Bund und die Kantone müssen diese Kontrollorgane zu stärkeren Kontrollen verpflichten.

Ausbeutung für den Profit des Betriebs

In praktisch allen Branchen arbeiten Lernende intensiv an der Wertschöpfung mit. 2009 betrug der jährliche Gewinn mit Lehrstellen in der Schweiz gegen 500 Millionen Franken⁴. Die meisten Lernenden werden als günstige Arbeitskräfte ausgenutzt, so zum Beispiel Maler:innen oder Elektroinstallateur:innen. Diese bringen dem Geschäft im Durchschnitt etwa 10'000 CHF an Nettonutzen pro Lehrjahr ein⁵. Dazu kommt, dass schon jetzt etwa die Hälfte der Ausbildungskosten zu den Lohnkosten gehören⁶. Bei einer Festanstellung nach Lehrabschluss entfallen den Betrieben zusätzlich Einarbeitungskosten sowie der Ausschreibungsprozess⁷. Schlussendlich helfen gute Arbeitsbedingungen bei Lehrstellen auch, den Fachkräftemangel zu bekämpfen. Auch wenn die Mehrheit der Betriebe heute im Schnitt einen Nettonutzen aus Lehrstellen zieht, gibt es Betriebe, die sich höhere Löhne für Lernende nicht leisten könnten. Um zu verhindern, dass diese Lehrstellen entfallen, sollen Bund und Kantone die Einführung eines Mindestlohns mit einem Fonds für betroffene Kleinbetriebe abfedern.

Die Situation ist klar: Die Arbeitsbedingungen und Löhne sind bei Lehrstellen nicht zufriedenstellend, obwohl sie einen zentralen Bestandteil des Schweizer Bildungssystems darstellen. Dass viele Lehrstellen dabei von den Gesamtarbeitsverträgen ausgenommen sind, verstärkt diese Tendenz. Es ist entsprechend notwendig, auf Gesetzesstufe einen Mindestlohn für Lernende und bessere Arbeitsbedingungen sowie deren Kontrollen zu erkämpfen.

Deswegen fordert die SP:

- Die Einführung eines Mindestlohns von 1000 Franken pro Monat für alle Lernenden im ersten Lehrjahr. Dieser soll steigen, sodass zum Ende der Ausbildung der branchenübliche Lohn ausgezahlt wird.
- Entsprechende Massnahmen durch den Bund mindestens zur Sicherstellung des heutigen Lehrstellenangebots (beispielsweise über einen Fonds zur Unterstützung von Betrieben mit Finanzierungsschwierigkeiten).
- Massnahmen, sodass Lernendenlöhne beim jährlichen Teuerungsausgleich ebenfalls erhöht werden.
- ein gesetzlich festgeschriebenes Mindestbetreuungsverhältnis für Lehrstellen.
- die finanzielle und regulatorische Stärkung der kantonalen Aufsichtsorgane über Lehrstellen.

⁴ <https://www.kmu.admin.ch/kmu/de/home/praktisches-wissen/personal/personalmanagement/personal-ausbilden/kosten-nutzen.html>

⁵ https://www.ehb.swiss/sites/default/files/obs_ehb_bericht_kosten-nutzen.pdf

⁶ https://www.ehb.swiss/sites/default/files/obs_ehb_bericht_kosten-nutzen.pdf

⁷ https://www.ehb.swiss/sites/default/files/obs_ehb_bericht_kosten-nutzen.pdf